

# ARBEITSGEMEINSCHAFT DER KOMMUNALEN LANDESVERBÄNDE



Kiel, 5. Juni 2024

## Pressemitteilung der kommunalen Landesverbände

### Zur Vorstellung einer Integrationsstrategie durch die Integrationsministerin: Die Kommunen erwarten konkrete Unterstützung des Landes für das Engagement vor Ort

Die kommunalen Landesverbände sehen in dem heute vorgestellten Entwurf einer Integrationsstrategie des Landes allenfalls einen „kleinen Baustein“ für erfolgreiche Integration in Schleswig-Holstein. Wichtiger seien konkrete Maßnahme und insbesondere eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen für die vielfältigen Aufgaben.

„Große Veranstaltungen und hundertseitige Papiere passen nicht so ganz in die Zeit: Während an anderer Stelle über Haushaltskonsolidierung diskutiert wird, werden parallel Erwartungshaltungen formuliert, die am Ende nur vor Ort umgesetzt werden können“, so kommentieren die Geschäftsführer der kommunalen Landesverbände **Ziertmann, Bülow** und **Schulz** die heutige Vorstellung des Entwurfs einer Strategie.

„Das bisher bekannte Dokument ist weniger eine zielgerichtete Strategie als eine Zusammenfassung bisher bestehender Maßnahmen, Verfahren und Angebote ergänzt um einige neue Ideen. Genauere Angaben zur konkreten Umsetzung, zu Finanzmitteln, Verbindlichkeit und Nachhaltigkeit sowie zur flächendeckenden Verfügbarkeit wären gerade für die Kommunen ein wichtiges Signal. Kommunen benötigen Planungssicherheit hinsichtlich der Aufgaben und Finanzierung“ so **Marc Ziertmann**, Geschäftsführer des Städteverbandes.

Die strategischen Zielsetzungen müssten aus Sicht der kommunalen Landesverbände noch stärker fokussiert und priorisiert werden. „Seit der Zusage einer Strategie im Herbst 2023 ist mehr als ein halbes Jahr vergangen: Offenbar besteht nicht einmal innerhalb der Landesregierung Konsens über den Kurs bei diesem so wichtigen Thema“ zeigen sich die Geschäftsführer enttäuscht über den heutigen Austausch im Landeshaus. „Die Erwartung der Kommunen war und ist eine andere: Es braucht eine strategische Herangehensweise und keine Ad-hoc-Maßnahmen als Reaktion auf Überlastungsanzeigen der Kommunen wie im vergangenen Herbst. Aufgrund der Tatsache, dass eine Vielzahl von Themenbereichen betroffen ist, steht die gesamte Landesregierung in der Pflicht, zeitnah Ergebnisse zu präsentieren.“

„Ohne das große Engagement vor Ort wird Integration nicht erfolgreich sein“ ergänzt **Jörg Bülow**, Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages. „Allerdings fehlt bereits die Zusage der Landesregierung, die zwischen Bund und Ländern im letzten Herbst vereinbarte Pauschale von 7.500 Euro ohne Abzug an die Kommunen weiterzuleiten.“

„Die Sozialausgaben u.a. nach dem Asylbewerberleistungsgesetz belasten die kommunalen Haushalte zusätzlich. Das Geld fehlt für andere Aufgaben“ erläutert **Sönke E. Schulz**, Geschäftsführer des Landkreistages.

„Die Formulierung von Erwartungshaltungen und neue Aufgaben, die perspektivisch auf die Kommunen zukommen, auf der einen Seite, finanzielle Unsicherheit auf der anderen Seite, gefährden die Akzeptanz vor Ort massiv.“ Man müsse nun auch über Bürokratie- und Aufgabenabbau sprechen: „Die Vielzahl unterschiedlicher Angebote macht die Integrationsarbeit insgesamt nicht wirksamer, sondern führt eher zu einer Splitterlandschaft – für jeden Einzelfall gibt es irgendwo das passende Angebot, nur eben keine flächendeckende Versorgung mit Regelleistungen“ formulieren die Geschäftsführer abschließend ihre Forderungen. Die Stärkung der Basissysteme wäre erfolgversprechender und viele spezielle Hilfen wären damit überflüssig. „Hierzu kann eine an der Anzahl der geflüchteten Personen orientierte Pauschale, wie sie der Bund vorgesehen hat, einen ersten Beitrag leisten.“

verantwortlich:

Marc Ziertmann (STV SH) – PD Dr. Sönke E. Schulz (SH LKT) - Jörg Bülow (SHGT),